

20. März 2018

Friedenszentrum Braunschweig e.V.
Goslarsche Straße 93
38118 Braunschweig

An
die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Betreff:

Das Friedenszentrum Braunschweig wendet sich gegen den Reformationstag (31.10.) als zusätzlichen Feiertag. Wir sehen den inneren Frieden bedroht.

Sehr geehrte Landtagspräsidentin,
sehr geehrte Abgeordnete,

das Friedenszentrum Braunschweig wendet sich gegen den Reformationstag 31.10. als zusätzlichen Feiertag.

Niedersachsen will den Reformationstag (31. 10.) als gesetzlichen Feiertag einführen. Gegen einen zusätzlichen arbeitsfreien Tag ist nichts einzuwenden. Aber die Wahl dieses Tages ist keine gute Idee, denn er spaltet: Protestanten und Katholiken, Christen und Andersgläubige, Gläubige und Atheisten.

Ein neuer gesetzlicher Feiertag sollte kein religiös belasteter Tag sein, die Trennung von Staat und Kirche ist zeitgemäß. Die Realität sieht doch so aus, dass die religiöse Vielfalt wächst, was durch die Religionsfreiheit in unserem Staat auch gesichert ist. Wäre es nicht angemessener gewesen, einen Feiertag für alle zu wählen?

Der Tag der Menschenrechte (10. Dezember) bietet sich als Alternative an. Auch der Tag des Grundgesetzes am 23. Mai wäre eine Alternative.

Wir bitten Sie dringend, nicht die Religion, sondern die in der UN festgelegten Menschenrechte in den Bedeutungsmittelpunkt zu stellen.

Wir bitten Sie, nicht den 31.10. als gesetzlichem Feiertag festzulegen, sondern alternativ:

**-den 10. Dezember, den Tag der Menschenrechte
-oder den 23. Mai, den Tag des Grundgesetzes, als gesetzlichen Feiertag.**

Begründung:

Der 10. Dezember als Tag der Verkündung wird seit 1948 als Internationaler Tag der **Menschenrechte** begangen.

Dass auch wir Deutschen diesen Tag als Feiertag nötig haben, zeigt symptomatisch der Konflikt um die Essener Tafel, wo sich die Ärmsten um die Brosamen vom Tisch der Reichen streiten. Die Wohlfahrtsverbände fordern in ihrem jüngsten Gutachten eine Aufstockung der Transfer-Regelsätze um ein Drittel auf rund 550 €, damit die Betroffenen ein menschenwürdiges Leben führen können. Ein Dach über dem Kopf, eine Krankenversicherung und eine bezahlbare Schule für ihre Kinder brauchen sie ebenfalls. Deshalb ist ein Gedenktag für Menschen- und Bürgerrechte sinnvoll.

Die Menschenrechte müssen auf internationalem Parkett ständig eingefordert werden. Wo bleiben die Menschenrechte in den vielen Konfliktgebieten? Schauen wir uns um: Polen und Ungarn sind auf dem Weg, sich in Diktaturen zu verwandeln, in Malta und in der Slowakei lässt man unliebsame Journalisten erschießen, Putin und Trump sind keine lupenreine Demokraten, welche die Menschenrechte achten, die Saudis und die Iraner auch nicht. China hat die Freiheitsrechte noch nie respektiert, aber jetzt nimmt die soziale Überwachung Formen an, welche die Menschen in ein regierungskonformes Wohlverhalten zwingt.

Wenn der Tag der Menschenrechte in Niedersachsen ein gesetzlicher Feiertag wäre, würde zumindest bei einigen Menschen das Bewusstsein dafür geweckt, dass die Rechte verteidigt werden müssen. Die Erinnerung an den Kampf um mehr Freiheit und Gerechtigkeit könnte der Gleichgültigkeit weichen.

Vom Niedersächsischen Landtag erwartet das Friedenszentrum Braunschweig eine weitere Diskussion.

Wir bitten dringend, unsere Bedenken bei der Abstimmung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ingeborg Gerlach
und der Vorstand d. Friedenszentrums Braunschweig e.V.

Für den Vorstand des Friedenszentrums Braunschweig e.V.

Telefon: 0531 / 89 30 33

Email: kontakt@friedenszentrum.info

Internet: www.friedenszentrum.info

